

Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz 2011“ Die Preisträger und ihre Projekte

23. November 2011

Der Wettbewerb

Insgesamt gab es 237 Bewerbungen für den Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz 2011“. Die Preisträger der ersten Kategorie (92 Bewerbungen) erhalten jeweils ein Preisgeld von 40.000 Euro, in der zweiten (73 Bewerbungen) und dritten Kategorie (72 Bewerbungen) gibt es jeweils 20.000 Euro. Die Preisgelder sind wieder in Klimaschutzprojekte zu investieren. Initiator des Wettbewerbs, der Kommunen und Regionen auszeichnet, die im Klimaschutz besonders vorbildliche Maßnahmen, Strategien oder Aktionen realisiert haben, ist das Bundesumweltministerium in Kooperation mit der „Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz“, die beim Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) angesiedelt ist.

Die Preisverleihung

Die Preisverleihung fand am 23. November 2011 in Berlin im Rahmen der 4. Kommunalkonferenz „Kooperation und Vernetzung – Aktuelle Herausforderungen für den kommunalen Klimaschutz“ statt. Ausrichter sind das Bundesumweltministerium und die beim Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) angesiedelte „Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz“ in Kooperation mit den kommunalen Spitzenverbänden. Weitere Informationen zur Konferenz unter: www.kommunaler-klimaschutz.de



Die Preisträger und ihre Projekte ➤

Kategorie 1: „Innovative technische und/oder bauliche Maßnahmen für den Klimaschutz in einem kommunalen Gebäude oder einer kommunalen Einrichtung“

Landkreis Barnim (Brandenburg): „Energieeffizientes Dienstleistungs- und Verwaltungszentrum ‚Paul-Wunderlich-Haus‘“

Mit dem „Paul-Wunderlich-Haus“ hat der Landkreis einen Gebäudekomplex von herausragender nachhaltiger und energieeffizienter Qualität geschaffen, der viele innovative und ökologische Technologien in einem ausgereiften Gesamtkonzept verbindet. Darüber hinaus ermöglicht die Langzeitauswertung der Verbrauchsdaten einen energetisch optimalen Gebäudebetrieb.

70 Prozent weniger Energieverbrauch

Das Paul-Wunderlich-Haus gilt als wichtigstes Initialprojekt der Null-Emissions-Strategie des Landkreises Barnim. Hier kommen sämtliche Aspekte nachhaltiger, ökologischer und energetischer Bauweise zusammen und sind mit Kosteneffizienz und Nutzerkomfort in Einklang gebracht. Mit wenigen Ausnahmen wurden nur zertifizierte ökologische Baumaterialien eingesetzt. Der jährliche Primärenergieverbrauch für Heizen, Kühlen, Beleuchten und Hilfsenergie liegt im Betrieb bei unter 100 Kilowattstunden pro Quadratmeter (kWh/m²). Das Gebäude verbraucht damit 70 Prozent weniger Energie als vergleichbare Einrichtungen. Dies ist nicht zuletzt der Tatsache geschuldet, dass der Landkreis den Aufbau eines wissenschaftlichen Mess- und Monitoringprogramms zu einem wesentlichen Bestandteil von Planung und Bau des Gebäudes machte. Aufbau und Umsetzung eines entsprechenden Programms erfolgten gemeinsam mit der Technischen Universität Cottbus. Von rund 300 Messpunkten wurden - über einen Zeitraum von drei Jahren - alle fünf Minuten Daten an die Gebäudeleittechnik gesendet. So konnten Abstimmungsprobleme aufgespürt werden, die einem energetisch optimalen Betrieb entgegenstanden.

Ein Meilenstein energieeffizienter Bauweise

Als kompakter drei- bis vier-geschossiger Gebäudekomplex gruppiert sich das Paul-Wunderlich-Haus um einen Innenhof im Zentrum der Altstadt von Eberswalde. Es entstand in einer Baulücke, die seit dem Zweiten Weltkrieg brach lag und führte die zuvor auf acht Standorte verteilte Verwaltung des Landkreises Barnim zusammen. Hier arbeiten nun auf 19.000 Quadratmetern 550 Landkreis-Mitarbeiter, auf weiteren 2.500 Quadratmetern sind Restaurants, Dienstleister und Geschäfte untergebracht. Damit ist auf einer innerstädtischen Brachfläche ein beliebter und belebter Ort des lokalen Lebens entstanden. Den Namen verdankt der Gebäudekomplex dem in Eberswalde geborenen Maler, Bildhauer und Grafiker Professor Paul Wunderlich, dessen weltweit größte Ausstellung hier zu sehen ist.

Die Gebäudehülle ist durch innovative Technologien wie Vakuumdämmung und Latentwärmespeicher optimiert. Beheizt und gekühlt wird über reversible Wärmepumpen, die Erdreich und Außenluft als Energiequellen nutzen. Da die hydro-geologisch schwierigen Baugrundverhältnisse eine Pfahlgründung erforderten, wurden 850 Gründungspfähle versenkt und davon 600 als Energiepfähle ausgebaut. Während der kalten Jahreszeit wird das konstant 10 Grad Celsius warme Bodenwasser zum Heizen genutzt, im Sommer zur Kühlung. Eigens vom Fraunhofer Institut entwickelte energieeffiziente Stehleuchten ersetzen die klassische Deckenbeleuchtung. Eine Solaranlage auf dem Dach und an der Fassade des Parkhauses erbringt jährlich rund sieben Prozent des Strombedarfs. Eine interne Wetterstation misst Temperatur, Niederschlag sowie Windverhältnisse und sendet die entsprechenden Befehle an die Haustechnik.

Verwendung des Preisgeldes

Laut Wettbewerbsregeln müssen die Gewinner das Preisgeld in Höhe von 40.000 Euro wieder in die Umsetzung von Klimaschutz-Vorhaben investieren. Dazu Landrat Bodo Ihrke: „Die Mittel werden für weitere Projekte unserer Initiative „die Zukunft ist ERNEUER:BAR“ eingesetzt. Schwerpunkt dieser Vorhaben soll sein, die Akzeptanz für erneuerbare Energien weiter zu erhöhen und somit unseren Barnimer Weg erfolgreich weiter zu gehen.“

Landkreis Görlitz (Sachsen): „Energetische Sanierung des Schulkomplexes Olbersdorf bei Zittau“

Mit der Sanierung des Olbersdorfer Schulkomplexes zeigt der Landkreis Görlitz, dass energetisch effiziente Lösungen auch im Bereich des Denkmalschutzes möglich sind. Die hier gewählten innovativen und besonders energieeffizienten Technologien tragen außerdem dazu bei, ein optimales Lernumfeld zu schaffen.

Ein Denkmal wird zur Wohlfühl-Schule

Der Beschluss zur Sanierung des Schulkomplexes in Olbersdorf fiel im Frühjahr 2007. Zuvor waren im Rahmen der Schulnetzplanung des Landkreises alle Standorte auf ihren Energieverbrauch und den CO₂-Ausstoß hin untersucht worden. Das architektonisch einmalige Gebäude an der Verbindungsstraße zwischen Zittau und Olbersdorf hatte schon 1924 als Baumodell auf der Pariser Weltausstellung fungiert. Das Kulturdenkmal gilt als bedeutendes regionales Beispiel für den sächsischen Schulbau der Weimarer Republik. Seit 2006 stand es leer.

Jährlich 100 Tonnen CO₂ sparen

Ziel der Sanierung war es, den Energiebedarf so gering wie möglich zu halten, und gleichzeitig eine vorbildliche Lernumgebung zu schaffen, in der sich die Schüler wohlfühlen. Und dies sowohl unter ökologischen wie - angesichts steigender Energiepreise - ökonomischen Gesichtspunkten. Gutes Lernen verlangt gute Luft – deshalb setzte der Landkreis auf ein Konzept, das vernünftige Lüftungsmöglichkeiten für ein gutes Raumklima und möglichst viel Tageslichtnutzung vorsah. Außerdem sollten Wände und Decken akustisch optimal gestaltet werden, um eine bessere Sprachverständlichkeit zu erreichen. Den jährlichen Primärenergiebedarf für Heizung, Belüftung und Hilfsenergie beschränkten die Planer auf rund 35 Kilowattstunden pro Quadratmeter Gebäudenutzfläche (kWh/m²). Das entspricht in etwa einer jährlichen CO₂-Einsparung von 100 Tonnen im Vergleich zum unsanierten Zustand.

Im Rahmen eines Forschungsprojektes kooperierte der Landkreis bei der Schulsanierung mit der Hochschule Zittau/Görlitz. So ließen sich innovative und besonders energieeffiziente Verfahren einsetzen. Vorgaben des Denkmalschutzes erforderten die Fassadendämmung mit Hilfe eines Verbundsystems (EPS = Expandierter Polystyrol Schaum), das zur besseren Wärmedämmung mit Graphit versetzt ist. Die Schullüftung erfolgt nun über Zuluft-Kastenfenster, die über eine CO₂-Abluftanlage gesteuert werden. Lichtschächte und Lichtlenkeinrichtungen sorgen für eine ausreichende Versorgung mit Tageslicht. Reicht das Tageslicht nicht aus, schaltet eine automatische Lichtsteuerung Kunstlicht hinzu. Auch die Abschaltung des Lichtes nach Schulschluss erfolgt automatisch. Geheizt wird mit Umweltenergie und mit Hilfe einer Gaswärmepumpe. Die Finanzierung der Sanierung erfolgte zu insgesamt 80 Prozent aus Fördermitteln des Bundes und des Freistaates Sachsen und zu 20 Prozent aus Eigenmitteln des Landkreises. Die Kosten lagen bei rund 8,8 Millionen Euro.

Verwendung des Preisgeldes

Laut Wettbewerbsregeln müssen die Gewinner das Preisgeld in Höhe von 40.000 Euro wieder in die Umsetzung von Klimaschutz-Vorhaben investieren. Landrat Bernd Lange dazu: „Gemeinsam mit dem zuständigen Bauamt und dem Schulamt haben wir überlegt, das Preisgeld für die weitere energetische Sanierung in der Olbersdorfer Schule einzusetzen.“

Ortsgemeinde Hillesheim (Rheinland-Pfalz): „Passivhausprojekt: Bürgerhaus Hillesheim“

Mit der energetischen Sanierung einer leerstehenden Scheune in Kombination mit einem Anbau in Passivhausbauweise hat die Ortsgemeinde Hillesheim ein innovatives und energieeffizientes Versammlungsgebäude geschaffen und damit gezeigt, dass auch kleine Gemeinden ökologisch und zukunftsweisend bauen können. Besonders hervorzuheben ist das Engagement der Bürgerinnen und Bürger, die mit rund 8.500 Arbeitsstunden Eigenleistung erheblich zum Erfolg beigetragen haben.

Ein Passivhaus wird Mittelpunkt des Gemeindelebens

Eine neue Versammlungsstätte - das war der besondere Wunsch der Bürgerinnen und Bürger in Hillesheim als die Erneuerung ihres Dorfes anstand. Diese sollte eine Alternative zum bis dahin genutzten und überalterten Hallenbau aus den 1960er Jahren sein. Als im Jahr 2005 eine alte Scheune im Ortskern zum Verkauf stand, fiel der Startschuss für das Projekt „Bürgerhaus“. Ziel war, neben der Schaffung eines multifunktionalen Gebäudes für unterschiedliche Anlässe, eine energetisch sinnvolle und damit betriebskostensparende Lösung zu finden. Der Primärenergiebedarf und CO₂-Ausstoß sollte im späteren Betrieb so gering wie möglich sein. Die Wahl fiel auf ein Passivhaus-Konzept, bei dem die alte Scheune erhalten und durch einen Anbau ergänzt werden sollte. Obwohl die Idee eines Passivhauses anfangs noch auf Skepsis stieß, konnten dank guter Informationspolitik durch die Gemeinde immer mehr Bürgerinnen und Bürger für das Projekt gewonnen werden.

Ärmel hochkrempeln für den Klimaschutz

Schließlich beteiligten sich 60 Hillesheimer aktiv am Bau ihres CO₂-sparenden Bürgerhauses. Insgesamt investierten sie rund 8.500 Arbeitsstunden in Eigenleistung. Mit einem Ergebnis, das sich sehen lassen kann: Jahr für Jahr spart Hillesheim jetzt rund 8,1 Tonnen des Klimakillers ein. Auch der Komfort blieb nicht auf der Strecke: Die neue Versammlungsstätte bietet 180 Besuchern Platz und 14 örtliche Vereine haben einen adäquaten Raum gefunden, um ihre Aktivitäten zu pflegen und ausbauen zu können. Eine Küche ermöglicht die Bewirtung von Gästen und per Trennwand kann das Bürgerhaus aufgeteilt werden, so dass eine Doppelnutzung möglich ist.

Optisch wirkt das Gebäude nun wie ein „Haus im Haus“: Der Anbau öffnet sich zur Scheune hin und verschmilzt mit ihr zu einem einzigen Passivhaus-Komplex. Die Bruchsteinwände der alten Scheune blieben - ebenso wie Dach und Gebälk - erhalten. Die Lüftungsanlage arbeitet mit Wärmerückgewinnung. Die Warmwasserbereitung und der Restwärmebedarf erfolgen über eine Wärmepumpe mit Erdwärmesonden. Die gesamte Dämmung des Bürgerhauses hat Passivhausstandard. Auch beim Innenausbau wurde auf Energieeffizienz geachtet: Alle Leuchten lassen sich über Zwei-Phasen-Abschnittsdimmer regulieren. Das bedeutet, dass bei geringerer Beleuchtung auch weniger Energie benötigt wird. Der Strom - auch für die Wärmepumpe - wird über eine Photovoltaik-Anlage erzeugt. Sie ist so effektiv, dass nicht nur der Eigenbedarf des Bürgerhauses gedeckt wird, sondern auch noch Strom ins Netz eingespeist werden kann.

Verwendung des Preisgeldes

Laut Wettbewerbsregeln müssen die Gewinner das Preisgeld in Höhe von 40.000 Euro wieder in die Umsetzung von Klimaschutz-Vorhaben investieren. Dazu Ortsbürgermeister Helmut Schmitt: „Wir wollen die Beleuchtung im Foyer unseres Bürgerhauses und im Außenbereich durch moderne LED-Technik ergänzen, um das Bürgerhaus auch ins richtige Licht zu setzen. Weiterhin möchten wir ein Konzept für die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik erstellen.“

Kategorie 2: „Innovative und vorbildliche Strategien zur Umsetzung des kommunalen Klimaschutzes“

Landeshauptstadt Stuttgart (Baden-Württemberg): „Stadtinternes Contracting“

Mit ihrem „internen Contracting“ hat die Landeshauptstadt Stuttgart ein innovatives und wirkungsvolles Finanzierungsmodell für städtische Projekte zur Energie- und Wassereinsparung entwickelt. Das Budget, mit dem das Amt für Umweltschutz energetische Maßnahmen der städtischen Ämter und Eigenbetriebe vorfinanziert, bleibt durch Rückzahlung der eingesparten Kosten dauerhaft erhalten. Auf diese Weise realisiert die Landeshauptstadt kontinuierlich und unabhängig von der aktuellen Haushaltslage kommunale Klimaschutzmaßnahmen.

Ämterübergreifende Finanzierung von Klimaschutzprojekten

In Sachen Klimaschutz schlägt die Landeshauptstadt Stuttgart zwei Fliegen mit einer Klappe: Sie spart Energie und schafft zugleich Investitionsspielräume. Der Schlüssel dazu ist ein von der Stadt entwickeltes Finanzierungsmodell für Klimaschutzmaßnahmen, das sogenannte stadtinterne Contracting. Mit diesem Modell finanziert das Amt für Umweltschutz technische und bauliche Maßnahmen zur Energie- und Wassereinsparung vor. Die durch die Effizienzmaßnahme eingesparten Energiekosten fließen aus dem jeweiligen Ämterbudget solange an das Amt für Umweltschutz zurück, bis die Investition vollständig abbezahlt ist. Ab diesem Zeitpunkt können die Ämter und Eigenbetriebe frei über die weiteren Einsparungen verfügen und das Umweltamt kann sein „Contracting-Budget“ wieder für neue Klimaschutzprojekte einsetzen. Auf diese Weise bleiben die Finanzmittel der Stadt dauerhaft für energetische Sanierungsmaßnahmen und damit auch für den Klimaschutz erhalten, unabhängig von haushaltstechnischen Engpässen.

9.000 Tonnen CO₂ jährlich sparen

1995 hat das Umweltamt Stuttgart das stadtinterne Contracting in Zusammenarbeit mit der Stadtkämmerei entwickelt. Mit dem für das Contracting zur Verfügung gestellten Budget von 7,3 Millionen Euro sind bis Ende 2010 Projektinvestitionen in Höhe von 10,5 Millionen Euro ausgelöst worden, das heißt, die Mittel werden derzeit bereits zum zweiten Mal für Energieeffizienzmaßnahmen eingesetzt. Für 2010 und 2011 wurde das Projektbudget um 2,5 Millionen Euro erhöht. Für 2012 und 2013 plant Stuttgart sogar eine Aufstockung um fünf Millionen Euro.

Doch Kostenersparnis und Schonung der Stadtkasse sind die eine Sache, die andere ist der Mehrertrag für den Klimaschutz. Durch die bisherigen Contracting-Projekte hat die Landeshauptstadt Stuttgart eine CO₂-Einsparung von knapp 9.000 Tonnen pro Jahr erreicht. Insgesamt wurden 78.000 Tonnen CO₂, 16.400 Megawattstunden Wärme, 4.500 Megawattstunden Strom und 35.000 Kubikmeter Wasser eingespart.

Ein Budget für viele Projekte

In der Zeit von 1995 bis heute wurden mehr als 270 Contracting-Vereinbarungen über unterschiedliche Klimaschutzmaßnahmen abgeschlossen. Die Höhe der Investitionen reichen von wenigen Tausend Euro, etwa für Beleuchtungssanierungen, bis hin zu einer Million Euro, etwa für den Einsatz von Blockheizkraftwerken. Zurzeit werden vorwiegend Maßnahmen zur Einsparung von Heizenergie umgesetzt. Beispielsweise hat das Schulamt mit dem internen Contracting über 30.000 Quadratmeter oberste Geschossdecken im Gebäudebestand gedämmt und die Investitionskosten in Höhe von 419.000 Euro bereits nach rund viereinhalb Jahren abbezahlt. Im Durchschnitt liegt die Rücklaufquote der Contracting-Projekte bei sieben Jahren. Neben der Reduktion des Energieverbrauchs gewinnt auch der Einsatz von erneuerbaren Energien an Stellenwert: Die Stadt betreibt derzeit mehr als 45 Anlagen, die weitestgehend über das interne Contracting finanziert wurden bzw. werden. Wie die Bilanz zeigt, ist die Stuttgarter Idee, CO₂ und Geld zu sparen, mit dem internen Contracting aufgegangen.

Verwendung des Preisgeldes

Laut Wettbewerbsregeln müssen die Gewinner das Preisgeld in Höhe von 20.000 Euro wieder in die Umsetzung von Klimaschutz-Vorhaben investieren. Dazu Matthias Hahn, Bürgermeister für Städtebau und Umwelt: „Mit dem Geld können wir unsere Informationskampagne zur Energiewende ausweiten. Unser Ziel: Noch mehr Bürger sollen sehen, dass sie aktiv zum Klimaschutz beitragen können. Wir planen dazu auch interaktive Medien im Foyer des Rathauses, die beispielsweise anzeigen, wie viel Strom die städtischen Photovoltaikanlagen gerade erzeugen.“

Gemeinde Bollewick (Mecklenburg-Vorpommern): „Kooperationsnetzwerk (Bio)Energiedörfer Mecklenburg-Vorpommern“

Die Gemeinde Bollewick hat ein funktionierendes Kooperationsnetzwerk gegründet, das den – insbesondere für einzelne kleine Gemeinden oft schwierigen – Weg zum CO₂-sparenden Bioenergiedorf ebnet. Seit 2009 haben sich bereits 68 Gemeinden und verschiedene Organisationen zusammengeschlossen. Da das Netzwerk weiter wächst, profitiert die gesamte Region, und der Umweltschutz wird aktiv gestärkt.

Vom Bioenergiegedanken zur Netzwerkgründung

Die zentrale Idee von „(Bio)Energiedörfern“ ist, durch den Ausbau erneuerbarer Energien klimaschädliches Kohlendioxid einzusparen und zugleich kleineren Gemeinden in strukturschwachen Regionen neue Handlungsspielräume zu eröffnen sowie die lokale Wertschöpfung zu stärken. Bollewick erkannte dieses Potenzial und machte sich als eine der ersten Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern auf den Weg zum „(Bio)Energiedorf“. 100 Prozent des Strom- und 75 Prozent des Wärmebedarfs der Gemeinde sollten mit lokal verfügbaren und erneuerbaren Energien – wie Bioenergie, Solarenergie, Windkraft und Geothermie – gedeckt werden.

Anfang 2009 begann das Projekt, aber schnell machten sich etliche Schwierigkeiten bemerkbar: Technische und finanzielle Fragestellungen, Probleme im Zusammenhang mit dem Stromnetz, bürokratische Hindernisse und Interessenkonflikte. Das kleine, 660 Einwohner zählende Dorf stand vor einer riesigen Herausforderung. Doch die Bürgerinnen und Bürger wussten sich zu helfen: Sie initiierten ein Netzwerk mit anderen Institutionen – unter anderem Kommunen, Landeseinrichtungen, Vereinen – um gemeinsam den Weg zum „(Bio)Energiedorf“ zu gehen. Aktivitäten bündeln, professionelle Beratungs- und Servicestrukturen organisieren und eine kollektive Interessenvertretung aufbauen – das waren die Hauptaufgaben, denen sich Bollewick anfangs gegenüber sah. Als Kooperationspartner gewann die Gemeinde zunächst die „Akademie für Nachhaltige Entwicklung Mecklenburg-Vorpommern“ sowie das „Institut für angewandtes Stoffstrommanagement“ und in der Folge auch die politischen Interessenvertreter im Schweriner Landtag, die das Projekt „Coaching (Bio)Energiedorf Mecklenburg-Vorpommern“ über den „Zukunftsfonds“ des Landes Mecklenburg-Vorpommern finanziell unterstützten. Weitere Institutionen und Verbände kamen Schritt für Schritt hinzu. Ab Mitte 2009 gab es dann für die Netzwerkmitglieder erste Beratungstermine, Workshops und Exkursionen zu anderen „(Bio)Energiedörfern“ in der Bundesrepublik, Österreich und Dänemark.

Erfolgreiche Strategie für ein großes Ziel

Die ersten vier, durch diesen gemeinsamen Prozess motivierten „(Bio)Energiedörfer“ in Mecklenburg-Vorpommern haben bereits ihre Machbarkeitsstudien abgeschlossen und befinden sich nun in der konkreten Umsetzungs- und Investitionsphase. Daneben werden derzeit 21 Machbarkeitsstudien angefertigt, 13 weitere sind beantragt. In nur zwei Jahren entstand so ein einzigartiges, aus der dörflichen Gemeinschaft gewachsenes Kooperationsnetz zum Klimaschutz, das von Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft gleichermaßen gestützt wird. Aber Bollewick und das „Kooperationsnetzwerk (Bio)Energiedörfer Mecklenburg-Vorpommern“ haben sich noch mehr vorgenommen: In den kommenden zehn Jahren soll es in Mecklenburg-Vorpommern bis zu 500 „(Bio)Energiedörfer“ geben, hierzu gehören Gemeindeortsteile, Stadtteile oder auch ganze Städte. Nach Berechnungen des „Instituts für angewandtes Stoffstrommanagement“ könnten dadurch geschätzte 2,8 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr eingespart werden. Allein bis 2012, nachdem erste Maßnahmen und Anlagen auch technisch umgesetzt werden konnten, rechnet das Netzwerk mit zehn Kommunen, die zwischen 50.000 und 75.000 Tonnen CO₂ einsparen.

Verwendung des Preisgeldes

Laut Wettbewerbsregeln müssen die Gewinner das Preisgeld in Höhe von 20.000 Euro wieder in die Umsetzung von Klimaschutz-Vorhaben investieren. Dazu Bürgermeister Bertold Meyer „Wir wollen das gesamte Preisgeld an die ‚Akademie für Nachhaltige Entwicklung Mecklenburg-Vorpommern‘ übergeben, damit diese gemeinnützige Stiftung ihre erfolgreiche Arbeit fortführen und weitere Gemeinden auf dem Weg zum ‚(Bio)Energiedorf‘ begleiten kann.“

Freie und Hansestadt Hamburg (Hamburg): „Unternehmen für Ressourcenschutz“

Mit ihrem klar strukturierten und fokussierten Programm „Unternehmen für Ressourcenschutz“ motiviert und fördert die Freie und Hansestadt Hamburg kleine und mittlere Unternehmen kontinuierlich bei der Entwicklung und Umsetzung effektiver Klimaschutzmaßnahmen. Die verschiedenen Programmbausteine sowie die Vernetzungs- und Öffentlichkeitsarbeit fügen sich zu einer passgenauen Strategie zusammen, die in die übergeordnete Hamburger Umweltpolitik eingebunden ist.

Starke Partner für den Umweltschutz

In Hamburg tragen Industrie und Gewerbe zu mehr als 50 Prozent des Energieverbrauchs und damit erheblich zu den CO₂-Emissionen bei. Hier liegt ein großes Klimaschutzpotenzial, das durch die Schonung von Ressourcen wie Trink- und Grundwasser, durch Abfallvermeidung sowie die Verringerung von Belastungen durch Chemikalien noch vergrößert wird. Im Jahr 2001 reagierte die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) auf diese Situation und startete das Projekt „Unternehmen für Ressourcenschutz“ als Teil der „UmweltPartnerschaft Hamburg“, einer Vereinbarung zwischen Wirtschaft und Senat zur Unterstützung von umweltfreundlichem und ressourceneffizientem Wirtschaften. In Zusammenarbeit mit der Handelskammer (HK), der Handwerkskammer (HWK), dem Industrieverband Hamburg (IVH) und 20 weiteren Partnern aus Wirtschaft, Technik und Wissenschaft entwickelte die BSU ein vielschichtiges Konzept mit differenzierten und umfangreichen Klimaschutz-Angeboten für Unternehmen.

Das Hamburger Konzept: Beraten, vernetzen und fördern

Im Fokus des Ressourcenschutz-Projektes stehen kleine und mittelständische Betriebe. Das Programm umfasst drei Bausteine, die aus einer Hand angeboten werden: Vor-Ort-Beratungsangebote, ein „Effizienz-Netzwerk“ und finanzielle Förderung.

Ein 11-köpfiges BSU-Berater-Team stellt zunächst den Kontakt zu den Betrieben her. Beim so genannten „ErstCheck“ analysieren die Berater vor Ort die Gegebenheiten und ermitteln, welche weiteren Checks durch Fachbetriebe und Fachplaner sinnvoll sind. Der „EffizienzCheck“ eignet sich beispielsweise für komplexe Anlagen. Den „Erst“- und „EffizienzCheck“ trägt die BSU finanziell entweder ganz oder zur Hälfte. Die Kosten der weiterführenden Überprüfung einzelner technischer Gegebenheiten teilen sich die BSU und die jeweiligen Energieversorger. Zu diesen technikbezogenen Überprüfungen gehören der „Wärme“- , „Licht“- , „Kälte“- , „BHKW“- oder „SerraumCheck“. Solche Vor-Ort-Beratungen nehmen pro Jahr etwa 160 Unternehmen in Anspruch. Die gründliche Auswertung der Ist-Situation bildet die Basis für die spätere neutrale Sanierungsberatung, für die Prüfung der geplanten Maßnahme und für die Bereitstellung von Fördermitteln.

Ein weiterer wesentlicher Baustein des Ressourcenschutz-Programms ist das „Effizienz-Netzwerk“. Hier haben sich unter der Federführung der Hamburger BSU über 2.200 Unternehmen und andere Akteure zusammen geschlossen, darunter Innungen, Hochschulen, Verbände, Fachbetriebe und Ingenieurbüros. Das Netzwerk informiert über eine eigene Internetplattform, Broschüren und Newsletter, entwickelt Branchenleitfäden und führt Technik-Workshops sowie Fachseminare durch.

Finanzielle Förderung bietet die Stadt für die Installation von Techniken und Anlagen an, die über die bestehenden Ausrüstungsstandards hinausgehen und dadurch Klima- und Umweltentlastungen mit sich bringen. Bisher setzten rund 820 Unternehmen 1.190 Klimaschutzmaßnahmen um, weitere 300 Maßnahmen bei rund 200 Unternehmen sind in der Umsetzungsphase. Insgesamt investieren sie dabei etwa 274 Millionen Euro. Der Hamburger Senat beteiligt sich mit rund 26 Millionen Euro Fördermitteln. Dank einer genauen technischen Auswertung der geförderten Maßnahmen und einer wissenschaftlichen Evaluierung des Programms, lassen sich konkrete Aussagen über die Verbesserung der Ökobilanz machen: Bisher werden durch das Hamburger Ressourcenschutz-Projekt jährlich 153.000 Tonnen CO₂ vermieden, 707.200 Kubikmeter Trink- und Grundwasser sowie 26,4 Tonnen Abfall eingespart. Auch der Einsatz von Chemikalien konnte in den Betrieben deutlich verringert werden.

Verwendung des Preisgeldes

Laut Wettbewerbsregeln müssen die Gewinner das Preisgeld in Höhe von 20.000 Euro wieder in die Umsetzung von Klimaschutz-Vorhaben investieren. Dazu Staatsrat Michael Sachs von der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt in Hamburg: „Das Preisgeld verwenden wir im neuen ‚Heizungs-Netzwerk‘. Eigentümer von Gewerbe- und Mehrfamilienhäusern können ihre Heizungsanlagen mit einem finanziell geförderten ‚WärmeCheckPlus‘ durch Fachplaner auf Energieeffizienzmaßnahmen analysieren lassen. Dieses niedrigschwellige Angebot ebnet den Weg zu Investitionen.“

Kategorie 3: „Erfolgreich umgesetzte, innovative Aktionen zur Beteiligung und Motivation der Bevölkerung bei der Realisierung von Klimaschutzmaßnahmen“

Stadt Bad Hersfeld (Hessen): „Bad Hersfeld saniert sich“

Die Altbausanierungskampagne „Bad Hersfeld saniert sich“ ist ein gut durchdachtes und strukturiertes Konzept zur Förderung privater energetischer Gebäudesanierung. Eine gelungene Kombination aus Beratung, Bereitstellung von Gebäudedaten, finanzieller Förderung und Öffentlichkeitsarbeit unterstützt Bürgerinnen und Bürger beim gesamten Sanierungsprozess. Öffentliche Aktionen und eine umfangreiche Presseberichterstattung sensibilisieren darüber hinaus die Bevölkerung für die Problematik hoher CO₂-Emissionen.

CO₂-Einsparpotenziale gezielt nutzen

Die Mehrzahl der CO₂-Einsparpotenziale in Bad Hersfeld „schlummert“ in privaten Wohngebäuden, die vor 1984 erbaut wurden. Eine Erkenntnis, die sich aus dem städtischen Klimaschutzkonzept von 2008 ergab. Genau an diesem Punkt setzt die Altbausanierungskampagne an, für die im Juli 2009 der Startschuss fiel. Private Haus- und Wohnungseigentümer, Verwaltungsgesellschaften und Wohnungsunternehmen wurden über eine breit gefächerte Informationskampagne angesprochen. Die Bürger sollten motiviert und konkret unterstützt werden, Gebäude oder Gebäudeteile, die vor 1984 entstanden waren, energetisch und damit CO₂-sparend zu sanieren. Ein Hauptargument neben dem Klimaschutzaspekt war die langfristige Reduzierung des Energieverbrauchs und die damit verbundene Betriebskostensenkung. Besonderen Wert legten die Initiatoren bei der Umsetzung der Kampagne auf Kompetenz, Unabhängigkeit und Bürgernähe. Als erfolgsentscheidend galt eine klare Struktur und gute Organisation des Vorhabens.

Informieren, beraten, fördern - das Kampagnen-Konzept ging auf: Allein im Zeitraum von Juli 2009 bis Dezember 2010 sanierten Bad Hersfelder Bürger 50 Gebäude und über 100 Wohneinheiten. Damit werden schon jetzt rund 600 Tonnen klimaschädliches CO₂ eingespart. Inzwischen ist die erfolgreiche Sanierungsoffensive zur langfristigen Einrichtung geworden.

Altbausanierung mit System

Um die Ziele der „Sanierungsoffensive“ zu erreichen, entwickelte Bad Hersfeld ein „Vier-Säulen-Modell“. Erste Säule ist eine unabhängige, anbieterneutrale Erstberatung der Haus- und Wohnungseigentümer. Dazu siedelte man im Februar 2010 einen „Energiesstützpunkt“ der Verbraucherzentrale Hessen an. Gegen ein geringes Entgelt von fünf Euro (Förderung seitens des Bundeswirtschaftsministeriums für die Energieberatung) erhalten Sanierungswillige hier eine Erstberatung von bis zu 45 Minuten. Die zweite Säule bildet eine Gebäudetypologie, die auf der Basis einer für Hessen bis dahin einmaligen Erfassungsaktion erstellt wurde. Für das gesamte Stadtgebiet schlüsselt sie die Baualtersklassen sowie Energiesparpotenziale detailliert auf und dient damit als fundierte Beratungsgrundlage. Durch regelmäßig angebotene Thermografie-Aktionen können die Daten bei Bedarf ergänzt werden. Als dritte Säule hat die Stadt ein kommunales Förderprogramm aufgelegt. Hier ging es von Anfang an um die breit gefächerte Unterstützung von Bauherren. Neben Energieberatungen werden Voll- oder Teilsanierungen von Gebäuden oder Wohnungen sowie die Baubegleitung bezuschusst. Letzte Säule schließlich ist eine kontinuierlich und breit aufgestellte Informations- und Öffentlichkeitsarbeit. Durch eine regelmäßige Berichterstattung in den örtlichen Medien sowie auf verschiedenen Veranstaltungen, beispielsweise Ausstellungen, bleibt das Thema „Altbausanierung“ in Bad Hersfeld präsent. Hervorzuheben sind hier die „Bad Hersfelder Energie-Treffs“, die pünktlich zur Heizperiode in den Wintermonaten sogar monatlich stattfinden und regelmäßig zwischen 50 und 100 Besucher anlocken. Als Kooperationspartner konnte hier die Hersfelder Zeitung gewonnen werden, die diese Veranstaltung im Rahmen von Sonderbeilagen im Vorfeld begleitet. Weitere Partner sind die Hessische Energiespar-Aktion, die Kreishandwerkerschaft Hersfeld-Rotenburg sowie ortsansässige Banken und Sparkassen.

Verwendung des Preisgeldes

Laut Wettbewerbsregeln müssen die Gewinner das Preisgeld in Höhe von 20.000 Euro wieder in die Umsetzung von Klimaschutz-Vorhaben investieren. Dazu Bürgermeister Thomas Fehling: „Wir freuen uns sehr über diesen Gewinn, den wir in die kommunalen Liegenschaften investieren wollen. Aktuell sanieren wir Zug um Zug einige Gebäude mit hohem Sanierungsstau. Zukünftig haben wir uns das ambitionierte Ziel gesetzt, den städtischen Haushalt im Bereich der Energiekosten um mindestens 15 Prozent bis 2015 insbesondere durch aktives Energiemanagement über intelligente Steuerungssysteme und ein verbessertes Nutzerverhalten zu entlasten. Dies wollen wir gemeinsam mit unseren Stadtwerken umsetzen.“

Stadt Herten (Nordrhein-Westfalen): „Herten steigt auf – Strukturwandel mit dem Rad erfahren“

Die Stadt Herten motiviert mit ihrer bürgernahen und strategisch ausgerichteten Kampagne Menschen aller Altersgruppen dazu, möglichst viel und möglichst regelmäßig auf das Fahrrad umzusteigen. Die Aktion führt neben der allgemeinen Sensibilisierung für Umweltfragen und Fragen des Strukturwandels zur konkreten Verminderung des CO₂-Ausstoßes in der Stadt.

Eine Stadt radelt für bessere Luft

Das Rad ist ein Null-Emissions-Fahrzeug. Rund vier Prozent des schädlichen Kohlendioxidausstoßes können jährlich gespart werden, wenn nur 25 Prozent aller Fahrten unter 10 Kilometern vom Auto auf das Rad verlagert werden. Diese Erkenntnis fiel in Herten auf fruchtbaren Boden, denn die Stadt steckt mitten im Umwandlungsprozess von der ehemals größten Bergbaustadt Europas, hin zur Stadt der neuen und erneuerbaren Energien. So beschlossen die Ratsherren im März 2009 das Leitbild einer „Fahrradfreundlichen Stadt“. Keine leichte Aufgabe in einer Region, die traditionell auf das Auto ausgerichtet ist. Anstrengungen im Bereich der allgemeinen Verkehrsplanung und des Radwegebbaus ergänzte die Stadt deshalb durch eine breit angelegte Motivationskampagne.

Ziel der Motivationskampagne war, immer mehr Menschen immer häufiger dazu zu bewegen, das Rad für kurze und mittlere Strecken zu nutzen. Zahlreiche Einzelprojekte wie das „An- und Abradeln“ von Wegen und Routen mit prominenten Hertenern, die Wahl des „Radfahrers des Monats“, die „Radfahrersprechstunde“ und Informationskampagnen in der Fußgängerzone ergaben eine kreative und bürgernahe Gesamtstrategie. Einen Schwerpunkt bildeten Projekte für Kinder und Jugendliche. Neben der Trainingsaktion „Sicher mit dem Rad zur Schule“, befragte man alle 5.793 Hertener Schüler dazu, wie sie mit ihrer Mobilität umgehen. Während der Aktion „Schulweg-Detektive“ spürten Kinder und Jugendliche Verkehrsprobleme auf und schlugen Lösungen vor, die später in die Verkehrsplanung der Stadt einfließen. Außerdem öffnete die Stadtverwaltung in einem Langzeitversuch die Fußgängerzone für den Radverkehr. Die Auswertung soll darüber entscheiden, ob aus dem Pilotprojekt eine dauerhafte Einrichtung wird.

Die große Bereitschaft der Stadt Herten, möglichst viele Organisationseinheiten einzubeziehen, hat sich als Erfolgsrezept erwiesen. Vom „Arbeitskreis Radverkehrsinfrastruktur“, der die Verbindung zu Fachbehörden und der Polizei hält, über den „Allgemeinen Deutschen Fahrradclub“ (ADFC) bis zum „Runden Tisch Radverkehr“, an dem Bürgerschaft, Schulen, Verbände und Vereine sitzen – alle Beteiligten sowie Bürgerinnen und Bürger aller Altersgruppen traten vermehrt in die Pedale. Erwachsene stiegen bei der Fahrt zur Arbeit, bei alltäglichen Besorgungen oder in der Freizeit auf das Rad um. Kinder und Auszubildende machten auf dem Weg zur Schule oder zum Betrieb mit.

Herten bleibt weiter auf Kurs zur Rad-Stadt

In Herten konnte nicht nur der CO₂-Ausstoß reduziert werden, auch die allgemeine Lebensqualität ist gestiegen. Neben der Entscheidung, ob die Fußgängerzone nach dem kürzlich gestarteten Verkehrsversuch dauerhaft für Fahrräder geöffnet wird, plant die Stadt auch Aktionen zur Förderung des Einkaufs per Rad. Die Planungen für die Zechenbahntrasse „Allee des Wandels“ – zwischen den ehemaligen Bergwerksstandorten – sind in vollem Gange, eine Realisierung bis 2013 ist angestrebt. Für Mitarbeiter wurden Fahrradreparaturseminare angeboten – weitere Aktionen für Alt und Jung sind geplant. Fazit: Herten steigt auch weiter auf und tut mit dem Fahrrad effektiv etwas für den Klimaschutz.

Verwendung des Preisgeldes

Laut Wettbewerbsregeln müssen die Gewinner das Preisgeld in Höhe von 20.000 Euro wieder in die Umsetzung von Klimaschutz-Vorhaben investieren. Dazu Bürgermeister Dr. Uli Paetzel: „Ein Teil des Preisgeldes soll in eine Modal Split-Untersuchung, also eine Untersuchung über die Verkehrsmittelwahl der Bürgerinnen und Bürger, investiert werden. So können wir Maßnahmen zur CO₂-Einsparung im Verkehr zielgenau planen. Ein weiterer Teil des Geldes geht in die Unterstützung von Projekten zur Fahrradförderung bei Jugendlichen und bei den Mitarbeitern der Stadt.“

Stadt Karlsruhe (Baden-Württemberg): „Ich mach Klima“

Hinter dem Titel „Ich mach Klima“ verbirgt sich die innovative Idee eines Klima-Vertrages, bei dem sich die Bürgerinnen und Bürger symbolisch und praktisch zum Klimaschutz verpflichten. In einer breit angelegten Mitmachaktion hat die Stadt Karlsruhe die Menschen gezielt angesprochen und mit vielfältigen Aktionen zum praktischen Klimaschutz motiviert. Die Idee der freiwilligen Selbstverpflichtung hat wegweisenden Charakter.

Selbstverpflichtung für die Zukunft: Der Klima-Vertrag

Schon lange macht sich Karlsruhe für die Themen Umweltschutz und Energieeinsparung stark. 2009 startete die Stadt unter dem Motto „Ich mach Klima“ eine einjährige Kampagne, um die Bürgerinnen und Bürger aktiv zum Klimaschutz zu bewegen. Eine Mitmach-Kampagne, die in Fragen der Klimapolitik auch für andere Kommunen wegweisend werden kann.

Herzstück der strategisch breit angelegten Initiative bildete der sogenannte Klima-Vertrag, bei dem jede Karlsruherin und jeder Karlsruher für ein Jahr lang eine eigene, freiwillige und symbolische Abmachung zum Schutz des Klimas treffen konnte. Eine innovative Idee, die darauf setzte, dass Klimaschutz auch mit Spaß und Kreativität verbunden sein kann. Knapp 1.700 Menschen ließen sich überzeugen und machten mit. Dabei wählten sie aus 33 Klimasparrvorschlägen solche Maßnahmen aus, die sie künftig umsetzen wollen. Allesamt einfache und gut in den Alltag integrierbare Verhaltensweisen wie richtiges Lüften, Vermeiden des Standby-Modus von Elektrogeräten, Benutzen von Stofftaschen, Rad- statt Autofahren oder der Einkauf von saisonalen Lebensmitteln aus der Region. Weitere Tipps und Informationen zu den 33 vorgeschlagenen Maßnahmen ließen sich einer ergänzenden Broschüre entnehmen.

Jede ausgewählte Klimaschutz-Aktivität bekam eine Punktzahl, die sich am CO₂-Einsparpotenzial orientierte. Legt man zu Grunde, dass es bei jedem der rund 1.700 Klima-Verträge zu einer durchschnittlichen Reduktion von 500 Kilogramm CO₂ kam, konnten in Karlsruhe durch die Aktion etwa 850 Tonnen Kohlendioxid-Emissionen eingespart werden. Ein Erfolg, der sich sehen lassen kann. Doch außer einem guten Gewissen gab es für die Teilnehmer noch mehr zu gewinnen: Im November 2010 verlost die Stadt thematisch passende und gesponserte Preise, wie beispielsweise eine klimafreundliche Reise, besonders sparsame Kühlschränke und Carsharing-Mitgliedschaften.

Eine Klima-Kampagne mit Witz und Kreativität

Aber nicht nur der Klima-Vertrag kam bei der Bevölkerung gut an. Thematisch an die Klimaspartipps angelehnt, folgten 2010 alle zwei Monate besondere Aktionen. So definierte sich der Obststand auf dem Wochenmarkt zum „Energiespar-Birnen-Stand“ um, die Klima-Modenschau zeigte ökologisch und nachhaltig hergestellte Kleidungsstücke und an der „Klima-Tankstelle“ ließen sich Kfz-Besitzerinnen und -besitzer über Ressourcen schonende Fahrweisen informieren. Unter dem Namen „Klimalinge“, machten Kindergartenkinder Erwachsene in Video-Clips auf falsches Verhalten aufmerksam. Zu sehen auf der Website www.ich-mach-klima.de, die eigens für die Kampagne eingerichtet wurde. Das Solar-Eismobil, ein per Photovoltaik betriebenes Lastenfahrrad, fuhr im Sommer 2010 als mobile Eisdiele durch die Stadt. Begleitet wurden alle Aktionen durch Gewinnspiele. Auch hier ging es um Klimaschutz und Energiesparen. So machten die Teilnehmer beim Preisausschreiben „24 Stunden ohne Strom“ beispielsweise Vorschläge, wie ein Tag ganz ohne Elektrizität aussehen kann.

Darüber hinaus setzte die Stadt Karlsruhe über den gesamten Aktionszeitraum hinweg auf eine presswirksame Öffentlichkeitsarbeit. Eigens für die Kampagne produzierte Rundfunk-Spots und Plakate bewarben den Klimavertrag. Finanziert wurde das Projekt durch Eigenmittel der Stadt. Die Preise für Gewinnspiele und Endverlosung stellten Sponsoren. Eingebunden war die Aktion „Ich mach Klima“ in die übergeordnete Kampagne „Karlsruhe macht Klima“, die eine Bündelungsfunktion für zahlreiche und langjährige Klimaschutz-Aktivitäten der Stadt darstellt, wie beispielsweise den „Tag der erneuerbaren Energien“.

Verwendung des Preisgeldes

Laut Wettbewerbsregeln müssen die Gewinner das Preisgeld in Höhe von 20.000 Euro wieder in die Umsetzung von Klimaschutz-Vorhaben investieren. Dazu Umweltbürgermeister Klaus Stapf: „Wir werden mit dem Preisgeld im nächsten Jahr die Klimaschutzkampagne fortführen. Als neue Aktion planen wir eine Art „Klimawette“, mit der wir wieder gezielt Haushalte einbinden und auf originelle Weise Einsparmaßnahmen im Alltag beleuchten wollen.“